Bürgermeister Dr. Storch skizziert kurz die zum Thema vorliegenden Anträge. Neben den von der CDU-Fraktion gestellten Anträgen nennt er auch den heute als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag von FDP, SPD und UWG.

Der gemeinsame **Antrag ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt**. Die übrigen Anträge wurden den Mitgliedern des Hauptausschusses bereits im Vorfeld zugemailt.

Herr Sonntag weist daraufhin, dass die CDU-Anträge vom 25., 28. Und 30.03. datierten. Der gemeinsame Antrag von FDP, SPD und UWG sei allerdings erst sehr kurzfristig bei ihm eingegangen. Er selber habe ihn als eMail erst am Sonntagabend nach 20.00 Uhr erhalten, außerdem sei der Antrag heute erst als Tischvorlage verteilt worden. Insgesamt seien 27 Einzelpositionen genannt. Er wolle Herrn Gräf fragen, wie man sich die Beratung zeitlich vorstelle. Weder die heute anwesenden CDU-Fraktionsmitglieder noch die gesamte Fraktion hätten die Chance gehabt, sich intensiv mit dem Antrag auseinanderzusetzen. Auf den Inhalt seiner Anträge wolle er nicht mehr näher eingehen, da sich alles weitere aus den darin formulierten Begründungen ergebe.

Herr Gräf erklärt, dass über den gemeinsamen Antrag heute zu entscheiden sei. Insbesondere, weil es noch bis vergangenen Samstag interfraktionelle Gespräche gegeben habe, sei der Antrag auch erst sehr kurzfristig eingegangen. Es sei nicht darum gegangen, Informationen vorzuenthalten.

In der Folge ergeben sich mehrere emotional geführte Wortwechsel zur interfraktionellen Vorbereitung der gesamten Debatte. Unterschiedliche Auffassungen werden von Herrn Gräf und Herrn Sonntag insbesondere zu den Bemühungen einer gegenseitigen Kontaktaufnahme geäußert. Dieser Punkt wird länger debattiert und im Laufe der Aussprache – auch mit Wortmeldungen anderer Ausschussmitglieder – mehrfach angegriffen.

Herr Gräf begründet ausführlich den gemeinsamen Antrag zum Haushalt. Er skizziert noch einmal zusammenfassend die Parameter, die zur momentanen Situation geführt haben. Ziel des gemeinsamen Antrages sei das Vermeiden eines Nothaushaltes oder eines HSK. Die Handlungsfähigkeit der Verwaltung müsse ebenso erhalten bleiben, wie die Erfüllung der Pflichtaufgaben und die Leistungen für den Bürger. Außerdem gehe es darum, als Rat einen gewissen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Obwohl die Fraktionen von Grünen und BfE auf der Zielgeraden abgesprungen seien, hätten alle beteiligten Fraktionen ausgesprochen konstruktive Gespräche geführt. Mit den nun vorgelegten Ergebnissen werde in ausgewogener Weise erreicht, dass Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen zumindest abgemildert werden. Dies sei vor allem dort wichtig, wo unmittelbare Leistungen im Auftrag der Kommune erbracht würden. Andererseits hätten aber auch die zu Einsparungen beizutragen, die Beihilfen erhielten. Aus diesem Grunde habe man auch vorgeschlagen, auf einen Teil der Fraktionsentschädigung zu verzichten. Nachfolgend geht Herr Gräf im Detail auf die einzelnen Positionen des Antrages ein und begründet diese kurz. U.a. erläutert er auf die Notwendigkeit der Mittel für das Stadtmarketingkonzept. Nach weiteren Hinweisen zum Investitionsbereich blickt Herr Gräf in die Haushaltsjahre 2013/2014 und macht deutlich, dass der Ausgleich nur dann erreicht werden könne, wenn zumindest planerisch die Straßeninstandsetzung wieder zurückgefahren werde. Notwendig werde ab diesem Zeitpunkt ggf. auch die Umstellung bei Zahlung der Aufwandsentschädigung. Letztendlich werde es erforderlich, zumindest planerisch den verbleibenden Fehlbetrag durch eine Mehrabführung von Überschüssen der Werke abzudecken. Bei Betrachtung der sich andeutenden guten wirtschaftlichen Prognosen und der damit einhergehenden Verbesserungen für die Gemeinde (u.a. Schlüsselzuweisungen), sei zu hoffen, dass die Überschussabführung in der Tat nur planerische Bedeutung habe und man hierauf letztendlich verzichten könne. Bezugnehmend auf die Auswertung der Online-Umfrage erklärt Herr Gräf, dass man sich der Stellungnahme der Verwaltung anschließe. Zum Schluss seiner Ausführungen bittet Herr Gräf, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Zielinski erklärt, dass man dem Haushalt im letzten Jahr mit Blick auf fehlende konzeptionelle Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung nicht zugestimmt habe. Da sich tendenziell die Bemühungen in diesem Jahr anders darstellten, habe man sich an den Gesprächen beteiligt. Bis auf kleine Einschränkungen habe man die traditionell sozialdemokratisch besetzten Themenbereiche umsetzen können. Von politischer Seite sei der SPD vorgeworfen worden, dass man Kürzungen im Bereich der Vereine zugestimmt habe. Aussagen aus Vereinen hätten der SPD-Fraktion aber bestätigt, dass man mit

den Kürzungen leben könne und Solidarität erforderlich sei. Einige hätten sogar erklärt, dass man ohne Zuschüsse auskomme. In dieser Sache habe man sich besonders viele Gedanken gemacht, um so zu einer ausgewogenen Entscheidung zu gelangen. Im Hinblick auf die Steuererhöhungen bittet Herr Zielinski, die Zahlen zu relativieren. Unter dem Strich mache beispielsweise bei durchschnittlichen Grundstücken die Erhöhung der Grundsteuer 20-25 Euro pro Jahr aus. Außerdem bewege sich dieser Satz im Rahmen der anderen Kommunen.

Herr Scholz bestätigt, dass seine Fraktion die interkommunalen Gespräche lange begleitet habe. In der Tat habe es sich aber um einen umfangreichen Katalog gehandelt, den man auch abarbeiten musste. Seine Fraktion habe nicht gewollt, „auf Teufel komm raus“ einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen. Kritisch habe man auch die „planerischen“ Fehlbeträge gesehen. Im übrigen gebe es viele Positionen im Haushalt, bei denen man sich die Frage stellen müsste, ob Wünsche nicht überzogen wurden. Man wolle Verantwortung übernehmen und sich auch entsprechend positionieren. Allerdings sei dies heute im Hauptausschuss noch nicht möglich. Dazu seien noch einige Punkte zu klären. Da der Katalog bis zu heutigen Sitzung innerhalb seiner Fraktion noch nicht gänzlich durchgearbeitet war, sei man auch aus den Verhandlungen ausgestiegen. Im Grunde müsse man über jeden einzelnen der 27 Punkte einzeln beraten und abstimmen.

Herr Dr. Peeters bedauert den frühzeitigen Rückzug von Grünen und BfE. Für die wenigen kritischen Punkte hätte man ja Lösungen finden können. Er hoffe, dass weitere Beratungen zu einer Einigung führen. Die gemeinsam erarbeitete Liste sei ein Kompromiss, dem man auch heute als Gesamtpaket zustimmen werde.

Herr Meeser erklärt für die BfE-Fraktion, dass man konstruktive Gespräche geführt habe und man auch der Mehrzahl der genannten Punkte zustimmen könne. Allerdings habe man schon frühzeitig die Punkte genannt, die mit der BfE nicht zu machen seien. Der Abführung der Überschüsse aus den Gemeindewerken werde man zum Beispiel nicht zustimmen. Der letzten Gebührenerhöhung, die den Zweck der Erhöhung des Eigenkapitals hatte, habe man mit viel Bauchschmerzen zugestimmt. Die nun vorgeschlagene Maßnahme, wenn auch zunächst nur planerisch, habe u.U. Gebührenerhöhungen zur Folge. Dies trage die BfE nicht mit. Werde im Block abgestimmt, werde die BfE nicht zustimmen. Ggf. müsse man sich nochmal zusammensetzen. Außerdem sei man der Meinung, dass die Verwaltung sicher noch mehr Möglichkeiten habe, Einsparpotentiale zu suchen. Bezug nehmend auf die Wortmeldung von Herrn Scholz bestätigt Herr Meeser, dass man den Haushalt in der Tat nicht „auf Teufel komm raus“ retten müsse. Wenn dies nicht gehe, gehe es eben nicht.

Der Bürgermeister bittet, bei einer solchen Aussage die sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu überdenken. Dann ginge nichts mehr, was jetzt noch in mühsamen Gesprächen erarbeitet wurde.

Herr Moreira erklärt, dass die UWG dem Antrag zustimmt. Er sei als Einzelmitglied keine Fraktion, gleichwohl werde er den prozentualen Anteil der Kürzung der Fraktionspauschale auch auf sich beziehen.

Herr Strausfeld kritisiert die Darstellung der SPD-Fraktion zu den Vereinszuschüssen. U.a. geht er auch auf die Sportstättenbenutzungsgebühr ein. Gerade die Sportvereine würden intensive Jugendarbeit leisten. Außerdem stelle sich die Frage, ob die Vereine die zu zahlenden Gebühren auf die Mitgliedsbeiträge umlegen würden. Betrachte man die umfangreichen Positionen, würde sich sehr wohl eine Einzelabstimmung anbieten, zumal durchaus auch Parallelen zu Positionen zur CDU-Fraktion erkennbar seien.

Herr Zielinski verweist auf die Darstellung im Antrag und den ausdrücklichen Hinweis, dass bei der Sportstättenbenutzungsgebühr Kinder und Jugendliche ausdrücklich ausgenommen seien.

Herr Gräf kritisiert die Positionen in den CDU-Anträgen. Dies seien keine Handlungsalternativen. In 2011 komme man bei den Vorschlägen der CDU auf 105.000 Euro – jedoch ohne Deckungsvorschlag. Allerdings schlage die CDU ab 2012 die Einsparung von 1,5 Prozent bei den Personalkosten vor. Dies mache rund 130.000 Euro aus. Im Widerspruch hierzu wolle man keine Wiederbesetzungssperre und die Leistungszulage zahlen. 130.000 Euro seien 2,5 bis 3 Vollzeitstellen und somit bis 2014 bis zu 9 Vollzeitstellen, die die CDU einsparen wolle. Da stelle sich die Frage, in welchen Bereichen die Leistung

für den Bürger heruntergefahren werden solle und ob dies auf dem Rücken der Verwaltungsmitarbeiter ausgetragen werden solle.. Ergänzend weist Herr Gräf daraufhin, dass maßgeblicher Kostentreiber im Personalhaushalt in den vergangenen Jahren die maßgeblich unter CDU-Führung genehmigten Altersteilzeiten waren. Weitere Kritik äußert Herr Gräf zur vorgeschlagenen Pauschalkürzung im Bereich der Investitionen in Höhe von 10 %. Man könne dies so interpretieren, dass hiermit der Ersatz eines Uralt-Bauhoffahrzeuges sowie die Beschaffung des Feuerlösch-Vorauslöschfahrzeuges gemeint seien. Dies allerdings sei erst vor wenigen Wochen im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes einstimmig beschlossen worden. All dies wirke so, dass der Schwarze Peter dem Bürgermeister zugeschoben werden solle.

Herr Sonntag erklärt, dass man dem gemeinsamen Antrag – sofern er in Gänze zur Abstimmung gelangt – nicht zustimmen werde. Unter Hinweis auf die Kooperation mit der Uni Siegen werde man insbesondere den 50.000 Euro für das Stadtmarketing-Konzept nicht zustimmen. Die vorgezogene Erhöhung der Grundsteuer trage man ebenfalls nicht mit, da die CDU sie für unzumutbar halte. Ansonsten sei man dem Verwaltungsvorschlag des Bürgermeisters recht nahe und würde dem auch folgen. Die von der CDU vorgelegten Anträge seien klar strukturiert und auch in sich deckend. Die Anträge erforderten keine höhere Nettoverschuldung. Die Gegenrechnung sei im Bereich Personal klar dargelegt worden. Diesbezüglich trage man den Vorschlag der Verwaltung mit, jedoch wolle man ab 2012 auf eine andere Form der Pauschalierung gehen. Man wünsche eine Reduzierung im gesamten Produkt 010402. Die Altersteilzeitmaßnahmen seien im wesentlichen vor dem Haushaltsjahr 2011 abgewickelt. Dennoch sei in dem Produkt in 2011 eine Erhöhung von rund 16 % auszumachen. Dies läge unter anderem daran, dass man vom Personalentwicklungskonzept, wie es ursprünglich gem. dem Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt vorgesehen war, abgewichen sei. Dieser Weg habe viel Geld gekostet. Hierauf sei bereits im Personalausschuss hingewiesen worden. Dies sei im Protokoll nachzulesen. Die GPA sein nun wieder im Haus gewesen. Die Ergebnisse prognostiziere er schon jetzt nicht besser, seit die FDP und der Bürgermeister die Verantwortung tragen würden. Der Antrag 1 sei schlüssig und habe im Vergleich zum Haushaltsvolumen mit rund 10.200 Euro keine nennenswerten Auswirkungen. Weiter erläutert er kurz den Antrag zum Investitionsprogramm und begründet schließlich den Vorschlag, die Salzlagerhalle schon dorthin zu verlegen, wo sie ursprünglich hin sollte. Dem gemeinsamen Antrag von FDP, SPD und UWG werde man heute sowohl aus inhaltlichen Gründen als auch aus Kurzfristigkeit nicht zustimmen.

Der Bürgermeister geht noch auf zwei Punkte aus dem gemeinsamen Antrag ein. Bei der angestrebten 10%igen Reduzierung der Vereinsbeiträge seien unter Umständen große Vereinigungen zu streichen. Als Beispiel nennt er den Städte- und Gemeindebund. Hier sei aber genau abzuwägen. Er bittet die Formulierung abzuändern.

Herr Gräf bittet auf eine Zielsetzung im Antragssinne hinzuwirken. Gleichwohl sei es Sache der Verwaltung, dies im einzelnen zu prüfen und abzuwägen, was Sinn macht.

Der Bürgermeister interpretiert diesen Punkt somit als „unverbindliche Zielvorgabe“.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Wiederbesetzungssperren zwar in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fallen, gleichwohl werde er die Sparbemühungen unterstützen. Jedoch bittet er, bei den wieder zu besetzenden Stellen das Schwimmbad ausdrücklich zu berücksichtigen.. Die Aufsicht müsse gewährleistet sein und eine Reduzierung der Öffnungszeiten solle vermieden werden.

Herr Meeser fragt, ob die Antragsteller bereit wären, die Punkte Aufwandsentschädigung RM, Fraktionsentschädigung, Zuschüsse für den Förderverein Jugend sowie die Gewinnabführung Gemeindewerke herauszunehmen. Dann könne man zustimmen.

Der Bürgermeister stellt klar, dass in diesem Falle kein genehmigungsfähiger Haushalt zustande käme. Außerdem handele es sich um planerische Ansätze.

Herr Strack ergänzt, dass dies „optional“ gedacht sei. Um die Genehmigung zu erhalten, müsse man unterhalb der 5%-Grenze bleiben. Zeichneten sich bei der Haushaltplanung für 2012 bessere Strukturdaten ab, würden diese Optionen nicht greifen. Zunächst werde nur der planerische Rahmen beschlossen, nicht aber die faktische Umsetzung. Diese erfolge erst mit dem konkreten Beschluss zum Haushalt 2012.

Zum Ende der Aussprache erklärt Herr Sonntag, dass man insbesondere auch der Überschussabführung durch die Werke nicht zustimmen werde. Diesbezüglich müsse nach anderen Lösungen gesucht werden.

Herr Moreira erklärt, dass es sicher allen lieber wäre, heute unter anderen finanziellen Voraussetzungen abstimmen zu müssen. Aber leider ließe die Situation keine andere Entscheidung zu. Sofern sich in drei oder vier Jahren die Situation wieder zum besseren geändert habe, habe man die Gemeinde mit der heutigen Entscheidung ein Stück nach vorne gebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Bürgermeister zusammen und stellt fest, dass in Summe der gemeinsame Antrag von FDP, SPD und UWG der weitestgehende ist. Er lasse daher zunächst über den ersten Teil dieses Antrags – zu den Konsolidierungslisten – abstimmen. Anschließend folge die Abstimmung über den CDU-Antrag zur Pauschalkürzung bei den Investitionen in Zusammenhang mit dem Antrag zur Salzlagerhalle. Abschließend folge dann der Beschluss über das Investitionsprogramm.